

II. 9070 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
 des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode



Republik Österreich  
 DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
 Tel. (0222) 531 15/0  
 DVR: 0000019

Zl. 353.110/26-I/6/93

11. März 1993

**4046 IAB**

An den  
 Präsidenten des Nationalrats  
 Dr. Heinz FISCHER

1993 -03- 12  
 zu 4086/J

Parlament  
 1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Voggenhuber, Freunde und Freundinnen haben am 14. Jänner 1993 unter der Nr. 4086/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Alternativen zu einem EG-Beitritt gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Alternativszenarien erarbeitet die österreichische Bundesregierung für den Fall, daß es zu keinem österreichischen EG-Beitritt kommt?
- 2. Welche alternativen Politiken verfolgen Sie für den Fall, daß es zu keinem EG-Beitritt kommt?
- 3. Welche Vorkehrungen treffen Sie für den Fall, daß die österreichische Bevölkerung in einer Volksabstimmung den EG-Beitritt ablehnt?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

- 2 -

Zu den Fragen 1 bis 3:

Die Bundesregierung hat im Vorfeld ihrer Entscheidung, einen Beitrittsantrag zur Europäischen Gemeinschaft zu stellen, verschiedene Szenarien einer Teilnahme Österreichs am Prozeß der Europäischen Integration untersucht und diskutiert. Diesbezüglich kann sowohl auf den Bericht der Arbeitsgruppe für Europäische Integration vom Juni 1988, der dem Parlament zugeleitet wurde, als auch an den Bericht der Bundesregierung an den Nationalrat und an den Bundesrat betreffend die Frage eines österreichischen Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft vom April 1989 verwiesen werden. Diese Studien haben ergeben, daß von allen untersuchten Szenarien ein Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft die optimale Wahrnehmung der österreichischen Interessen im Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft ermöglicht.

Die Bundesregierung wird die Beitrittsverhandlungen mit der EG mit dem Ziel führen, einen österreichischen EG-Beitritt raschstmöglich sowie zu für Österreich günstigen Bedingungen sicherzustellen. Eine Notwendigkeit, alternative Politiken zu einem EG-Beitritt vorzubereiten, besteht derzeit nicht.

*Paragraf -*